

Hafengegner rufen den Staatsanwalt

KSTA, von ULRIKE SÜSSER, 19.12.07, 14:06h

Rodenkirchen - Der Ärger um die vernichteten Unterschriftenlisten zum Bürgerbegehren Hafenausbau durch den Bürgeramtsleiter geht in die nächste Runde. Einige Mitglieder der Aktionsgemeinschaft „Contra Hafenausbau“ haben sich inzwischen an die Staatsanwaltschaft Köln gewandt mit der Bitte um Überprüfung des Vorgangs unter rechtlichen Gesichtspunkten.

Im Verhalten des Bürgeramtsleiters sehen die Mitglieder eine politische Dimension und sie betrachten sein Gebaren als „undemokratisch“. Es gehe um die „Unterdrückung von Unterschriften“. Es hätte auch sein können, dass die zerrissenen Unterschriften ausschlaggebend gewesen wären, ob das Bürgerbegehren durchkomme oder nicht. Dabei spiele der Ort, an dem das passiert sei, keine Rolle, meinen die betreffenden Mitglieder der Aktionsgemeinschaft. Die Aktion ereignete sich im Bezirksrathaus.

Wenn sich der Bürgeramtsleiter entschuldigt hätte, wäre man bereit gewesen, das Ereignis auf sich beruhen zu lassen, meint Helmut Feld. Das jedoch sei nicht geschehen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hatte zuvor in der Bezirksvertretung dem Bürgeramtsleiter vorgeworfen, Unterschriftenlisten zerrissen und in den Papierkorb entsorgt zu haben. Mit einem Antrag wollten sie dies der Verwaltung zur Kenntnis bringen und baten um eine Stellungnahme. Die Mehrheit der Bezirksvertreter lehnte dies aber ab.

Mittlerweile hat sich die Verwaltung vor den Bürgeramtsleiter Reiner Lindlahr gestellt. Die Unterschriftenlisten seien unrechtmäßig an einem neutralen Ort ausgelegt worden, hieß es in einer schriftlichen Erklärung der Stadt.